

## Pressemitteilung

Der Vorstand der deutschen Sektion von Eurosolar (alt: Dr. Axel Berg, Vorsitzender der deutschen Sektion von Eurosolar) erklärt:

EUROSOLAR unterstützt die Kampagne „Kein Geld für Atom - Stoppt Brüssel!“ der EWS Schönau. Die EWS haben direkt bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt. Schließen Sie sich der Beschwerde an oder formulieren sie selbst eine. Der Beschwerdeweg steht jedem Bürger der EU zu und ist kostenfrei.

Die britische Regierung beabsichtigt, der EDF eine öffentliche Bürgschaft für ein neues Atomkraftwerk im englischen Hinkley Point in Höhe von über 21 Milliarden Euro zu geben. Darüberhinaus soll die Anlage einen garantierten Mindestpreis von 11 Cent je kW/h plus Inflationsausgleich über 35 Jahre erhalten. Nach Berechnungen der Financial Times wächst dadurch die Garantievergütung bis zum Ende des Förderzeitraums auf 35 Cent je Kilowattstunde an. Die Europäische Kommission hat diese staatliche Beihilfe genehmigt.

Die Baukosten betragen nach derzeitigen Annahmen 31,2 Milliarden Euro für 3260 MW, das sind 9500 €/kW, wobei eine Kostensteigerung um mindestens das Doppelte den bisherigen Erfahrung bei AKW-Neubauten entspricht. Der Kaufpreis für den AKW-Neubau im finnischen Olkiluoto war schlüsselfertig auf 3 Milliarden Euro angesetzt. Durch 15(!) Jahre Verzögerungen sind bisher fast 9 Milliarden Euro verbaut worden und es soll noch jahrelang weitergebaut werden.

Zum Vergleich: Photovoltaik und Windkraft kosten inzwischen nur noch rund 1000 €/kW. Selbst ein Kombisystem aus Sonne-Wind-Biomasse mit 100% Verfügbarkeit wäre also zehn Mal preiswerter als das geplante AKW. Durch diese Beihilfengewährung werden die Erneuerbaren Energien als klima- und verbraucherfreundliche Alternative massiv benachteiligt und ausgebremst.

Hier der Link: <https://www.ews-schoenau.de/kampagne>